Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 71 (1991)
Heft: 12

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wo ist der Preisüberwacher?

Die Inflation helvetischen Zuschnitts hat einen ausserordentlich hartnäckigen Charakter. Einst war die Eidgenossenschaft *der* stabilitätspolitische Musterknabe unter den Industriestaaten. Diese Auszeichnung hat sie längst verloren. Und die permanente Erosion des Geldwertes ist nicht nur zum öffentlichen Ärgernis geworden, sondern auch zur Quelle verbaler Querelen zwischen der Notenbank und dem eidgenössischen Finanzminister, die in der üblicherweise auf moderato gestimmten Ausdrucksweise politischer Exponenten Seltenheitswert für sich beanspruchen können. Wer trägt die Schuld an der eher unerfreulichen Entwicklung im monetären Bereich der Wirtschaft? Die Notenbank, weil sie im Sog des Börsencrashs die Lage falsch einschätzte und die Zügel der Geldpolitik zu stark lockerte? Oder der Finanzminister bzw. das Parlament, das den Bundeshaushalt wieder einmal als Selbstbedienungsladen betrachtet und die Ausgaben in den einzelnen Sektoren darart stark ansteigen liess, dass die Bundesfinanzen nun in eine bedenkliche Schieflage zu geraten drohen?

Im Windschatten dieses Schlagabtausches fristet ein prominenter Mitspieler der Stabilitätspolitik, nämlich der *Preisüberwacher,* ein erstaunlich geruhsames Dasein. Es ist ihm bekanntlich die Aufgabe übertragen, Kartelle und ähnliche Organisationen daran zu hindern, Preisspielräume, die ohne ihr fragwürdiges Verhalten nicht entstehen können und die eine funktionierende Marktwirtschaft nicht kennt, zum Nachteil der Konsumenten auszunutzen. Es ist zwar nicht genau bekannt, wie gross der Anteil der kartellistisch manipulierten Preise bzw. jener der staatlichen Monopole am gesamten Preisspektrum ist. Deshalb ist auch ihr Gewicht am Inflationsprozess nicht präzise auszumachen. Wenn jedoch davon ausgegangen wird, dass es in der Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern relativ viele Kartelle und ähnliche Organisationen sowie staatlich beeinflusste Preise gibt, so ist zumindest der Verdacht naheliegend, dass aus dieser wirtschaftlichen Ecke ebenfalls preistreibende Effekte resultieren. Wie auch immer, der Hochschuldozent, Nationalrat und Präsident des Landesrings, *Franz Jäger,* hat in der letzten Session beschwörend darauf hingewiesen, dass es nun gelte, den Kampf um mehr Stabilität auch an der Kartellfront energisch aufzunehmen. Allerdings hat er bei diesem Vorstoss kein Wort darüber verloren, dass die Zuständigkeit für solche Aktionen beim Preisüberwacher liegt, der seinerzeit auf Initiative seiner Parteikollegin *Monika Weber* zu neuem politischen Leben erweckt worden war.

Wo aber ist «monsieur prix»? Von seiner Existenz ist weit und breit nichts zu sehen. Er hält sich auf vornehmer Distanz zur inflationären Front. Und er gebärdet sich so, als ginge ihn das, was bei den Preisen passiert, nichts an. Dieser Befund kommt für jene nicht überraschend, die seinerzeit gegenüber der *populistischen* Initiative von Monika Weber von allem Anfang an Skepsis äusserten und stets die Meinung vertraten,

dass ein Preisüberwacher im Kampf um mehr Stabilität auf verlorenem Posten steht, dass er in einer Marktwirtschaft nichts zu suchen hat, und dass es keine historischen Beispiele gibt, aus denen abgeleitet werden könnte, dass es ihm jemals gelungen ist, in einem inflationären Klima die Preise am Steigen zu hindern. Der Beweis erscheint nun erbracht, dass die helvetische Preisüberwachungsvariante von dieser allgemeinen – und auch begründbaren – Erfahrung *keine Ausnahme* macht. Sie ist als ein aufwendiges Fiasko zu bezeichnen.

Wenn dem aber so ist, müsste die Konsequenz gezogen werden, dieses Experiment *abzubrechen*. Wirtschaftspolitische Instrumente rechtfertigen sich einzig und allein durch ihre *zielgerichtete Wirkung*. Wenn diese in einer derart offensichtlichen Weise wie beim schweizerischen Preisüberwacher ausbleibt, so wäre es wohl angebracht, ihn in die Wüste zu schicken, wie das andere Länder, und zwar auch solche, die mit interventionistischen Praktiken sonst nicht zimperlich umgehen, schon längst getan haben. Und das um so mehr, als ein Nebeneffekt, nämlich eine ausgabenseitige *Entlastung der Bundesfinanzen*, momentan auch nicht ganz unwillkommen wäre.

Willy Linder

Wahlnachlese

So matt und lustlos der Wahlkampf für die Erneuerung der eidgenössischen Räte geführt wurde, so gequält und geradezu resigniert fiel die Analyse der Ergebnisse aus, die kaum jemanden befriedigten. Anlass zur Freude hat lediglich die Autopartei, die von der allgemeinen Unzufriedenheit profitierte, die aber daraus kaum ein schlüssig definierbares Mandat ableiten kann. Mehr als ein begrenztes Protestpotential hat sie, ähnlich früheren Wirbeln im politischen Flugsand, nicht mobilisieren können. Eine tiefergreifende Erschütterung der politischen Mehrheitsverhältnisse hat einzig im Tessin die schwerer fassbare Lega bewirkt, deren Integration in die schweizerische Parteienlandschaft noch durchaus offen erscheint.

Alle traditionellen Parteien haben ihr Wahlziel mehr oder weniger verfehlt. Das gilt selbst für die seit vier Jahren etablierten Grünen, die trotz einzelnen Sitzgewinnen im Grunde stagnierten und die vor allem in den städtischen Agglomerationen bemerkenswerte Einbussen erlitten. Den geschlossener und selbstbewusster auftretenden Sozialdemokraten gelang es kaum, den historischen Tiefpunkt ihrer Popularität von 1987 zu überwinden. Ernüchternde Einbussen hatten die beiden grossen bürgerlichen Parteien hinzunehmen, die nun ebenfalls auf die niedrigsten Wähleranteile seit Jahrzehnten absackten. Einzig die Schweizerische Volkspartei konnte sich vor allem dort halten, wo sie die Unzufriedenheit mit der offiziellen Politik in ihr taktisches Kalkül einbezog. Die Freisinnig-Demokratische Partei konnte wenigstens mit persönlichen Erfolgen in Majorzwahlen für den Ständerat den Schaden begrenzen, so dass der Christlichdemokratischen Volkspartei

schliesslich der Schwarze Peter des Wahlverlierers verblieb.

Saldiert man die Gewinne und Verluste, haben die an der Regierungsverantwortung beteilitgten Parteien von ihrer rechnerisch starken, politisch jedoch heterogenen Basis ein weiteres Stück verloren, ergeben sich im Rechts-Links-Spektrum indes keine wesentliche Gewichtsverschiebungen. Die bürgerlichen Positionen sind brüchiger geworden. Mehrheiten werden noch vermehrt von Fall zu Fall und mit unterschiedlicher Zusammensetzung gebildet werden müssen. Der Souverän dürfte häufiger mittels Referendum zum Misstrauensvotum aufgerufen werden. Die Idee, man könne oder müsse diesen Erosionserscheinungen mit Koalitionsvereinbarungen zulasten der ungeliebten Zauberformel begegnen, ist rasch in sich zusammengefallen, weil erstens niemand ernstlich daran dachte auszusteigen, und zweitens keine der Kombinationen über genügend Gemeinsamkeiten für eine engere, verbindliche Zusammenarbeit in den wichtigen Fragen verfügt.

Bleibt der Bundesrat als Blitzableiter. Er hat am Tag nach den Wahlen sein vielstimmiges Schweigen in der Europafrage aufgegeben und seine Strategie mit dem Fernziel des Beitritts zur Europäischen Gemeinschaft bekanntgegeben. Sachlich ist daran trotz gespielter Empörung nichts auszusetzen, denn was in Jahresfrist bis zur Volksabstimmung an Meinungsbildung nötig ist, wäre im Wahlkampf nicht zu leisten gewesen. Die dabei angewandte Verschleierungstaktik, die von den Parteien geduldet wurde, hat jedoch den Eindruck eines Führungsdefizits erweckt, der nicht so leicht zu korrigieren ist. Dass auch unter dem Druck internationaler Verhandlungen innenpolitisch offensiver kommuniziert werden kann, hat Verkehrsminister Ogi anschaulich bewiesen.

Der «alte» Bundesrat und das «neue» Parlament werden keinen Anlass und auch kaum Zeit haben, sich um illusionäre Harmonien zu bemühen. In vielen wichtigen Fragen sind *Konflikte* programmiert. Die angeschlagene Konkordanzdemokratie wird sich darin bewähren müssen, diese Konflikte konstruktiv auszutragen und klare Entscheide herbeizuführen, auch wenn dabei Niederlagen in Kauf zu nehmen sind. Frühzeitige Absichtserklärungen und ungeschminkte Darlegung von Konsequenzen weisen den Entscheidungsträgern dabei klarer erkennbare Verantwortung zu. Eine härtere Gangart ist unter ungünstigeren Rahmenbedingungen wohl unvermeidlich. Das Spiel von Regierung und Opposition wird sich daher zweifellos beleben – nach den Regeln nicht der parlamentarischen, sondern der direkten Demokratie. Der müden Verdrossenheit, die den Wahlgang im Jubiläumsjahr letztlich prägte, dürfte damit aber wohl die Grundlage entzogen werden. Videant consules . . .

Ulrich Pfister

Plädoyer für die Geisteswissenschaften

Die Förderung der wissenschaftlichen Forschung kostet ihr Geld, in Zeiten defizitärer Bundesfinanzen eine Ausgabe, die gefährdet sein könnte. Vor der parlamentarischen Gruppe Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie hielt Professor A. P. Speiser, Präsident der Schweizerischen Akademie der Technischen Wissenschaften, ein Plädoyer für die Geisteswissenschaften, das – weil von einem Ingenieur vorgebracht – von besonderem Gewicht und Interesse sein dürfte, weshalb wir es im Wortlaut veröffentlichen. Red.

In der *«Botschaft des Bundesrates über die Förderung der wissenschaftlichen Forschung in den Jahren 1992–1995»* vom Januar 1991 werden dem Parlament Geldmittel für die Forschung in der Höhe von mehr als 2 Milliarden Franken beantragt. Es ist klar, dass Mittel in dieser Höhe nicht diskussionslos passieren, sondern dass schon im Vorfeld der parlamentarischen Beratung sehr nachdrückliche Fragen nach der Rechtfertigung gestellt werden.

Aber selbst wenn man sich einigt, dass so hohe Geldbeträge für die wissenschaftliche Forschung gerechtfertigt sind, so ist damit noch nichts über die *Verteilung auf die verschiedenen Forschungsdisziplinen* gesagt. Wie viel Prozente vom Gesamten sollen für Medizin, für Theologie, für Musikwissenschaft, für Physik ausgegeben werden? *Auf diese Frage gibt es keine objektiv richtige Antwort.* Im besonderen wird die Wissenschaft selbst diese Antwort nicht geben können: Jedes Wissensgebiet empfindet sich selbst als das wichtigste und ist der Meinung, es sollten ihm mehr und den anderen weniger Mittel zukommen. Darüber sollte man nicht unglücklich sein: Nur wer von seiner Sache zutiefst überzeugt ist, kann ein engagierter und erfolgreicher Forscher sein.

Dennoch muss ein Verteilungsschlüssel festgelegt werden, und darin liegt eine der wichtigsten Aufgaben der nationalen Forschungspolitik: Der Verteilungsschlüssel ist von strategischer Bedeutung. Besonders wichtig ist die Aufteilung der Mittel zwischen den Geisteswissenschaften einerseits und den Naturwissenschaften anderseits (zu denen – im weiteren Sinn – auch die Medizin und die Ingenieurwissenschaften gehören). Man kann sich leicht überzeugen, dass die Naturwissenschaften wesentlich mehr Geld erhalten als die Geisteswissenschaften, und dafür gibt es gute Gründe: In den Naturwissenschaften braucht es fast in jedem Forschungsvorhaben nicht nur Forscher, sondern auch Laboranten und Handwerker, ferner kostspielige Apparate und Anlagen. Die Verteilung der Geldmittel ist also nicht gleichbedeutend mit der Anzahl Forscher, die Geisteswissenschaften erhalten mehr Forscherstellen, als es die Zahlen vermuten lassen. Trotzdem sind die Naturwissenschaften im Übergewicht.

Naturwissenschafter und Ingenieure haben manchmal die Tendenz, die Forschung in den Geisteswissenschaften als weniger wichtig einzustufen: Die Ingenieurwissenschaften dienen der materiellen Existenzsicherung, die Medizin dient der Gesundheit, wozu dienen die Geisteswissenschaften?

Ich möchte, als Ingenieur, von einer Geringschätzung der Geisteswissenschaften abraten. Wir Menschen sind zwar zu rationalem Handeln befähigt, wir haben eine materielle Welt als unsere Lebensgrundlage aufgebaut, aber die Motive unseres Handelns wie auch die

Bausteine unserer Erlebniswelt sind nicht im Naturwissenschaftlichen, sondern im Geistigen zu suchen. Die Zweiteilung zwischen Geisteswissenschaften und Naturwissenschaften entspricht in mancher Hinsicht der Zweiteilung zwischen Kultur und Zivilisation. Ohne die Errungenschaften der Zivilisation möchten wir heute nicht leben. Aber die Zivilisation ist eingebettet in unsere politischen Strukturen, unser Rechtssystem, unsere religiösen und ethischen Vorstellungen und unsere zwischenmenschlichen Beziehungen, und wie wir gebettet sind, kann uns nicht gleichgültig sein. Wir können und wollen die Augen gegenüber unserer historischen Vergangenheit nicht verschliessen, und wir können ohne ein kulturelles Engagement unsere Lebensaufgabe nicht erfüllen. Das Geistige ist die Grundlage unseres Handelns, auch wenn wir als Naturwissenschafter tätig sind. *Wer das Geistige über Bord wirft, der wirft damit auch seine Naturwissenschaft über Bord!* Aber das Geistige benötigt einen tragfähigen Unterbau in der akademischen Ausbildung und der wissenschaftlichen Forschung. Ich bin daher der Meinung, dass der Anteil der Geisteswissenschaften an den Forschungsmitteln nicht unter das heutige Mass reduziert werden sollte.

Ambros Speiser

Literatur und Wirklichkeit

Der Weltkongress des PEN-Clubs in Wien

Im Literaturhaus an der Seidengasse in Wien läuft zur Zeit eine Ausstellung über *Joseph Roth*, eine Photodokumentation, zu der das Leo Baeck-Institut in New York, das Literatur-Dokumentationszentrum in Den Haag, Wiener Institute und Sammlungen sowie private Leihgeber Bildvorlagen, Zeitungsausschnitte und Manuskripte beigesteuert haben. Die Herkunft, die Anfänge des Schriftstellers, die Emigration, das in ruheloser Wanderschaft entstandene Werk, schliesslich die letzten Wochen, der Tod und die paar Nachrufe sind da in Vitrinen und auf kommentierten Bildmontagen den Wänden entlang in Erinnerung gerufen, der Lebensweg eines Journalisten und Schriftstellers, der im Pariser Exil, in Armut und Alkohol zu seinem traurigen Ende kam. Die Zeit, die dieses kurze Leben von 1894 bis 1939 umschliesst, ist in den Zeitungsausschnitten und Briefen in den Vitrinen ebenfalls gegenwärtig: der Erste Weltkrieg, die Krise, das Heraufkommen faschistischer Regime, der Anschluss Österreichs an das Dritte Reich, noch nicht der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, den Roth nicht mehr erlebt hat.

Ein Teilnehmer am *56. Weltkongress des internationalen PEN,* der an einem von Sessionen und Vorträgen freien Vormittag in diese Ausstellung geriet, weil er dem neuen Literaturhaus einen Besuch machen wollte, mochte unter dem Eindruck der Lebenszeugnisse des Schriftstellers Joseph Roth zum Kongressthema eher ernüchternde Überle-

gungen anstellen. *«Neue Strukturen der Freiheit: Literatur als Diagnose und Therapie»* lautete dieses Thema, über das in vier literarischen Sessionen zahlreiche Vorträge angehört und Diskussionen geführt wurden. Der Zusammenbruch totalitärer Systeme und die Entstehung neuer demokratischer Staaten haben die Welt verändert; aber dass die neu gewonnenen Freiheiten stets aufs neue errungen, genutzt, verteidigt und mit Sinn erfüllt werden müssen, darüber belehrt uns nicht nur das Geschehen in Jugoslawien. Unter den rund 400 Teilnehmern des Kongresses aus 56 Ländern, aus denen insgesamt 72 PEN-Zentren vertreten waren, fehlten die Kroaten, die beschlossen hatten, nicht nach Wien zu kommen. Ihr Brief an die Kollegen aus aller Welt und der Appell an die UNO, den der in Québéc lebende kroatische Autor *Alain Horic* richtete, sind eindrückliche Belege für neue Bedrohungen der Freiheit. Es gibt sie indessen auch in gewaltlosen, unkriegerischen Zuständen, etwa da, wo in osteuropäischen Staaten der Übergang *«von der Sicherheit der Unfreiheit zur Unsicherheit der Freiheit»* empfunden wird oder wo – wie *Paul Watzlawick* in seinem einleitenden Festvortrag über die Entmenschlichung der modernen Welt sagte – Millionen und Abermillionen von Kleinkindern als erstes nichtfamiliäres Beziehungsobjekt nicht mehr Katzen oder Hunde, sondern die elektronische, digitalisierende Sphinx des Heimcomputers kennenlernen und im übrigen der Gleichschaltung und Verflachung des Denkens durch die Fernsehkultur ausgesetzt sind. Der Literatur, sofern sie eine Welt erschafft als eine *«Aufbaukunst»* im Sinne von *Hermann Hesses* Schachmeister im *«Steppenwolf»,* kommt eine diagnostisch-therapeutische Aufgabe zu. Es verwundert natürlich nicht, wenn Schriftsteller der Meinung sind, das Buch habe in dieser Hinsicht eine überragende Bedeutung. Aber es ist hier auch zu vermerken, dass beispielsweise *Vassily Aksyonov (USA)* vor der Verflachung von Literatur und Kritik in einem glänzenden Referat gewarnt hat und unerschrocken gerade gängige Parolen vom *«antiwestlichen Denken»,* vom *«Afrozentrismus»* und von der *«multikulturellen»* Gesellschaft in Frage stellte. *«Die Welt der Literatur – und die Welt», «Der Andere in den neuen Strukturen der Freiheit. Vision und Methapher», «Das Ich»* und schliesslich der *«Mondialismus»* waren die Vortragsblöcke überschrieben, und gerade was den *«Mondialismus»* betrifft, weiss ich nicht so recht, ob da nicht schon wieder eine Flagge gehisst werde, hinter der sich die «Fortschrittlichen» scharen werden. Das Wort, so sagte es der österreichische Philosoph *Peter Kampits*, ist allen eigen, aber nur in der Verschiedenheit. In der Gleichgültigkeit gegenüber der Vielfalt jedenfalls könnte der «Mondialismus» in eine Struktur der Unfreiheit umschlagen.

Der Weltkongress des internationalen PEN bot auch Begegnungen, Lesungen und Improvisationen, Auftritte unter anderem von *Friederike Mayröcker, Joseph Brodsky* und *Jorge Amado,* ferner ein Konzert mit Werken von *Wolfgang Amadeus Mozart* und Exkursionen nach Kierling, wo *Franz Kafka* gestorben ist, zum Abschluss einen Empfang beim Heurigen im Stiftskeller von Klosterneuburg.

Die Sitzungen der Delegiertenversammlung, vom Präsidenten des internationalen PEN, *György Konrad,* weltgewandt und freundschaftlich geleitet, erinnerten in den zum Abschluss verabschiedeten Resolutionen (für Sprache und Kultur der Kurden in der Türkei

zum Beispiel) an Zustände und Bedingungen, die sich von den Verhältnissen nicht so sehr unterscheiden, die in der Ausstellung über Joseph Roth im Literaturhaus an der Seidengasse dokumentiert sind.

Anton Krättli

Harald Frhr. von Seefried
Adlitz AG

BETEILIGUNGSBERATUNG · VERMÖGENSVERWALTUNG
PERSONALBERATUNG

CH-8001 Zürich
Bahnhofstrasse 73

Telefon 01/212 00 44
Telefax 01/212 12 04